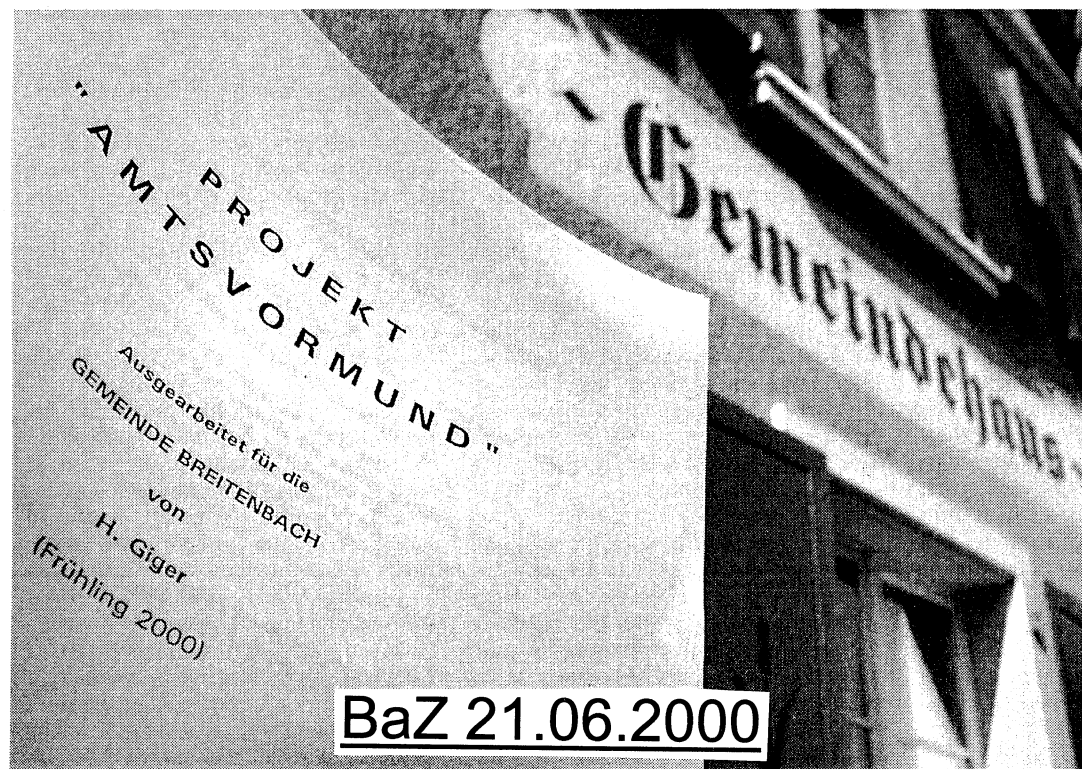


Kontroverse um Professionalisierung des Fürsorgewesens

In Breitenbach haben die Sozialfälle stark zugenommen. Der Gemeinderat will deshalb das Fürsorgewesen neu strukturieren. Wie die neue Organisation aussehen sollte, darüber scheiden sich allerdings noch die Geister. Der Meinung, die Ressourcen müssten nur besser ausgenutzt werden, steht die Forderung nach einem Amtsvormund gegenüber.



BaZ 21.06.2000

Breitenbach. bea. Im Breitenbacher Fürsorgewesen wird «nicht zu wenig gearbeitet», aber zu wenig effizient. Zu diesem Schluss kommt Hermann Giger in seinem Bericht. Der Gemeinderat hatte den frühpensionierten Politikwissenschaftler Anfang Jahr mit der Ausarbeitung eines Projektes für einen Amtsvormund beauftragt. Der Gemeinderat war erstmals vor rund einem Jahr tätig geworden, nachdem Mitglieder der Vormundschaftsbehörde Überlastung angemeldet hatten und es zu einigen Vakanzen gekommen war.

Giger schonte die Vormundschaftsbehörde sowie die Sozialhilfekommision in seinem Bericht nicht.

Noch bis vor kurzem habe ein «administratives Chaos geherrscht». Auch derzeit seien die Kommissionsmitglieder «fachlich nicht auf der Höhe und zeitlich überfordert». Es gäbe noch immer ein «Malaise», sagte Giger am Montagabend vor dem Gemeinderat und der Vormundschaftsbehörde.

Kommissionen zusammenlegen

Um heute die Aufgaben der Fürsorge erfüllen zu können, seien ein beachtliches juristisches Wissen sowie vertiefte Sozialkompetenzen und Erfahrung notwendig, hob Giger hervor. Giger schreibt die Überlastung der mangelnden Erfahrung zu. «Alle vier Jahre

starten neue Anfänger – die Erfahrenen treten ab», meinte Giger etwas überspitzt. Daraus folgten «Lern- und Reibungsverluste». Ausserdem würden die Synergien nicht ausgeschöpft, da es sowohl eine Sozialhilfekommision als auch eine Vormundschaftsbehörde gäbe. Giger schlägt deshalb vor, die beiden Kommissionen zusammenzulegen sowie einen Ausschuss mit erweiterten Kompetenzen zu gründen. Den Ausschuss würden Präsident und Sekretariat bilden. Auf die Stelle eines Amtsvormundes geht Giger gar nicht ein. In seinem Bericht stützt er sich auf Vergleiche mit den Gemeinden Dornach und Balsthal ab. Obwohl diese Gemeinden

Die Analyse von Hermann Giger über die Situation im Breitenbacher Sozial- und Fürsorgewesen stiess bei den Verantwortlichen auf wenig Begeisterung.

Foto
Dominik Plüss

mit über 5600 Einwohnern fast doppelt so gross seien wie Breitenbach, würden in diesen Gemeinden bedeutend weniger Personal und Stunden für die Bewältigung der sozialen Aufgaben aufgewendet, hielt Giger fest.

Bericht umstritten

Hansruedi Meier, Vizepräsident der Vormundschaftsbehörde, stellte sich kritisch zu Gigers Bericht. Nebst dem, dass der Bericht viele Fragen im Detail offen liesse, hinke der Vergleich mit den anderen Gemeinden, da nicht Gleiches mit Gleichem verglichen werde. Nicht die Einwohnerzahl, sondern die Anzahl und Art der Fälle, müssten als Grundlage dienen, gibt Meier zu bedenken. Er vertrat zusammen mit den anderen Mitgliedern der Vormundschaftsbehörde den Standpunkt, dass die Straffung der jetzigen Organe nicht ausreiche, um die anfallenden Arbeiten zu erledigen, sondern dass eine professionelle Verwaltungsstelle geschaffen werden sollte. Schliesslich müssten bereits jetzt Gemeindeschreiber Urs Gubler und dessen Stellvertreter Michael Henz zusammen 70 Stellenprozente für das Fürsorgewesen aufwenden. In diese Richtung hatte der Gemeinderat bereits Anfang Jahr gezielt. Dem Rat schwebte ein Amtsvormund für den ganzen Thierstein vor. Statthalter Hans Haener will allerdings vorerst mit der Regionalisierung noch zuwarten: «Zuerst müssen wir im eigenen Haus Ordnung schaffen.» Die Zeit dränge. Noch diese Woche will Personalchef Alban Wyss zusammen mit Vertretern der Vormundschaftsbehörde ein erstes grobes Anforderungsprofil erstellen. Ob dies auf den Präsidenten der neuen fusionierten Kommission oder auf einen Amtsvormund zugeschnitten werden wird, will der Gemeinderat erst an seinen nächsten Sitzungen beschliessen.

Amtsvormund für Thierstein ist ein Thema

Büsserach / Kleinlützel / Nunningen. bea. Für Büsserachs Gemeindepräsidenten Franz Gisin ist der Weg, den Breitenbach im Sozialwesen einschlägt, «zukunftsweisend». Längerfristig werde es grösseren Gemeinden nicht mehr möglich sein, die sozialen Aufgaben im Nebenjob zu erledigen, ist Gisin überzeugt. «Die Arbeit in der Sozialhilfekommision ist eine der heikelsten.» Entsprechend werde es auch immer schwieriger, Mitglieder zu finden, berichtet Gisin.

Die Idee, einen Amtsvormund für den Thierstein zu schaffen, hält Gisin deshalb grundsätzlich für prüfenswert, obwohl Büsserach bis jetzt keine grösseren Probleme im Sozialwesen habe, wie er betont. «Wir wurden bis jetzt verschont, wir haben ja auch keine so grosse Überbauung», meint Gisin.

In dieselbe Richtung zielt Erich Lutz, Gemeindepräsident von Kleinlützel. «Ich würde eine Zentralisierung im Sozialwesen begrüssen», sagt er auf Anfrage der BaZ. Die Aufwendungen in der Sozialhilfekommision und der Vormundschaftsbehörde würden stetig zunehmen. Insbesondere einzelne Dossiers würden immer anspruchsvoller.

Nicht prioritär wird das Thema derzeit in Nunningen und Erschwil behandelt. Wie Gemeindeschreiber Reto Stebler erklärt, will Nunningen vorerst eine gemeinsame Bauverwaltung forcieren. Auch Susanne Koch, Gemeindepräsidentin von Erschwil, sieht aufgrund der geringen Anzahl Fürsorgefälle keinen Handlungsbedarf.